Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

1819 Scarth-Str., Zimmer 104

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER".
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - Telephone 677.

1819 Scarth Str. Room 104

5. Jahrgang — Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 31. Januar, 1912. — No. 14.

Eröffnung des Provinzial-Parlaments.

Am Donnerstag, den 25. Januar, fand die feierliche Eröffnung der vierten Tagung des jetzigen Provinzial-Parlaments durch den Leutnant-Gouverneur statt. Diese Gelegenheit gab Anlaß zu besonderer Prunkentfaltung, da es das erste Mal ist, daß unsere Gesetzgebende Versammlung in ihrem neuen Sitzungssaal im Parlamentsgebäude zusammentrat. Obgleich von eiliger Beitgebenderen Feierlichkeit vorläufig bis zur Vollendung und offiziellen Einweihung des gesamten Parlamentsgebäudes Abstand genommen wurde, hatte sich doch eine ungewöhnlich starke Zahl von Zuschauern und Gästen eingefunden, unter welchen namentlich die reich gekleideten Damen unserer Stadt, von denen viele im Parterre des Sitzungssaales Ehrensitze einnahmen, und die Offiziere der Mounted Police und der hier garnisonierten Miliztruppen, in ihren farbigen Uniformen, viel zur Hebung des festlichen Eindrucks beitrugen.

Pünktlich um 3 Uhr nahm Sr. Ehren Leutnant-Gouverneur Brown, der vom Government House durch einen Zug der berittenen Polizei nach dem Parlaments-Gebäude geleitet worden, umgeben von seinem persönlichen Gefolge auf dem Sitze des Sprechers Platz. Zu beiden Seiten unterhalb des Thrones gruppierten sich die Minister, die Herren Calder, Turgeon, Motherwell und McNabb, während vor dem Thron der Sprecher, begleitet von Sekretär der Gesetzgebenden Versammlung und dem Herold mit dem Szepter Aufstellung nahmen. Der Leutnant Gouverneur, als Vertreter des Königs, verlas hierauf die Thronrede, in welcher in kurzen Zügen das für diese Tagung vorzulegende Programm angedeutet wurde. Nachdem er noch die Abgeordneten in ihrem neuen Heim willkommen geheißen und zu ersprießlicher Arbeit aufgefordert hatte, erklärte er die Tagung für eröffnet und verließ dann, gefolgt von seiner Suite, die Halle, um das Parlament seiner Arbeit zu überlassen.

Der Sprecher nahm darauf seinen Sitz ein, und die Verhandlungen wurden begonnen. Der Rest der Sitzung vom Donnerstag, welche nur sehr kurze Zeit in Anspruch nahm, wurde durch die Ankündigung verschiedener Anträge der Regierung durch Hon. Calder, als Vertreter des abwesenden Premiers, ausgefüllt. Herr Calder gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß der erste Minister der Provinz leider durch seinen Gesundheitszustand verhindert sei, persönlich an der Eröffnung der Session und an den ersten Versammlungen teilzunehmen; er hoffe aber, nach den hier von Hon. Walter Scott eingetroffenen Nachrichten, daß unser verehrter Premier noch vor Schluß der Tagung in erneuter Kraft und Frische an der Parlamentsarbeit mitzuwirken im Stande sein werde. Herr Calder ersuchte die Abgeordneten, sowohl die Herren auf seiner Seite des Hauses als auch die Opposition, ihm die auf seinen Schultern ruhende Last der stellvertretenden Regierungsleitung durch ihre freundliche Unterstützung nach Möglichkeit zu erleichtern.

Der Leiter der Opposition, Hon. F. W. G. Haultain, antwortete dem Vorredner in wenigen äußerst liebenswürdig gehaltenen Worten, indem er seinem und seiner Partei-Kollegen Bedauern darüber Ausdruck verlieh, daß der Premier durch sein körperliches Leiden verhindert sei, zugegen zu sein, und sprach die Hoffnung aus, ihn bald gekräftigt in ihrer Mitte begrüßen zu dürfen. Er wie seine Freunde würden, soweit es im Rahmen der politischen Parteikontroverse möglich sei, dem Ministerium ihre Unterstützung in der Abwickelung der öffentlichen Geschäfte zuteil werden lassen.

Die Mitglieder des Hauses waren zu dieser Sitzung fast vollzählig erschienen, und verspricht diese Session, nach dem in der Thronrede angedeuteten Regierungsprogramm, auf welches wir später eingehender zurückkommen werden, eine für die Provinz Saskatchewan äußerst wichtige und, wie wir hoffen, segensreiche zu werden.

Die Sitzung am Freitag war nur von sehr kurzer Dauer und wurde lediglich durch Erledigung von notwendigen Formalitäten ausgefüllt.

Die eigentlichen Arbeiten des Parlaments beginnen erst mit dieser Woche, in welcher Voranschläge und Bewilligungen, sowie einige weniger wichtige Gesetzesvorlagen zur ersten Lesung kommen werden.

Wien, 26. Januar. — Die Resignation des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern, Graf von Aehrenthal, wird in Wien jeden Augenblick erwartet. Es heißt, daß sein Zustand so ernst ist, daß die Aerzte seine Ueberführung nach der Riviera nicht gestatten wollen, ja es gehen sogar Gerüchte, daß sein Ende unmittelbar bevorstehe.

Mächte bemühen sich vergeblich.

Rom, 26. Januar. — Trotzdem sich die Diplomaten der europäischen Mächte seit einiger Zeit bei den Regierungen in Rom und in Konstantinopel bemühen, die beiden Mächte dem Frieden näher zu bringen, ist es doch bis jetzt nicht gelungen, eine Grundlage zu finden, auf der mit auch nur einiger Aussicht auf Erfolg über einen Frieden zwischen Italien und der Türkei verhandelt werden könnte.

Auf Vorschläge, die von verschiedenen Seiten gemacht wurden, entgegnet die Pforte den Mächten, wenn es ihnen ernstlich um Frieden zu tun sei, sollten sie darauf hinwirken, daß Italien Zugeständnisse mache, da die Türkei den ihr zugefügten Verlust nicht ohne eine angemessene Entschädigung tragen könne oder wolle. Die Regierung in Rom auf der anderen Seite beantwortet alle ihr gemachten Vorschläge mit dem Rat an die Mächte, auf die Pforte einen Druck auszuüben, da dies die einzige Möglichkeit sei, eine befriedigende Lösung des Konflikts herbeizuführen.

Hiergegen wenden die fremden Diplomaten ein, wenn ein solcher Druck durch die Vertreter der Mächte in Konstantinopel ausgeübt würde, so ständen die Mächte im Falle ablehnender Haltung von seiten der Pforte vor dem Dilemma, entweder sich zurückzuziehen, oder Zwang anzuwenden. Letzteres könnte schließlich nur durch eine gemeinsame Flottendemonstration in türkischen Gewässern geschehen, die zuletzt zu einer Landung von Truppen in Konstantinopel führen müßte.

Der Höchstkommandierende der italienischen Truppen in Tripolis hat jetzt die Vorbereitungen zu einem Vormarsch größerer Truppenkörper nach dem Innern des Landes abgeschlossen.

Die Konferenzen über den Manouba-Zwischenfall, an denen der italienische Ministerpräsident Giolitti und der Minister des Aeußern Marquis di San Giuliano, sowie der französische Botschafter Barrere teilnehmen, in Rom werden immer noch fortgesetzt. Zwischen Rom und Paris findet ein lebhafter Austausch chiffrierter Depeschen statt, und man glaubt, daß die endgültige Erledigung der Angelegenheit, die schon gesichert ist, in einer beide Teile zufriedenstellenden Form bald erfolgen wird.

Auf der Börse.

Der Herzog von Connaught, die Herzogin und Prinzessin Patricia, ihre Tochter, waren gestern die Gäste von New York's Geldkönigen in der Effekten-Börse, und so große Aufregung hatte der Besuch der fürstlichen Persönlichkeiten zur Folge, daß die Börsengeschäfte fast eine halbe Stunde lang suspendiert wurden.

Die Herrschaften, welche von den Maklern mit Jubel empfangen und von den Beamten der Börse offiziell begrüßt wurden, schienen sich für das lebhafte Treiben auf der Börse zu interessieren. Begleitet waren sie von ihren Gastgebern, dem Botschafter Whitelaw Reid und seiner Gattin. Auf der Rückfahrt von der Börse nach dem Palais von Herrn Cornelius Vanderbilt, wo das Luncheon eingenommen wurde, wurden die Automobile des Herzogs und seiner Begleiter zu wiederholten Malen von anderen Fuhrwerken aufgehalten und die Zeitungs-Photographen fanden dabei die erwünschte Gelegenheit, die königlichen Hoheiten nach Herzenslust abzukonterfeien.

Die Herzogin machte am Nachmittag eine Visite im Studio des bekannten deutschen Landschaftsmalers Albert Groll. Am Abend wurde ein solennes Ballfest zu Ehren der fürstlichen Gäste im Wohnhause von Herrn und Frau Reid abgehalten.

Besuch im Weißen Haus.

Washington, 25. Januar. — Das Weiße Haus und das Staatsdepartment vollendeten am Mittwoch die Arrangements für den Empfang des Herzogs von Connaught; die Herzogin und die Prinzessin Patricia waren nicht nach Washington gekommen.

Der Herzog traf Donnerstag Nachmittag um 4:30 Uhr in Washington ein und wurde von Major A. W. Butt, dem persönlichen Adjutanten des Präsidenten Taft am Bahnhof empfangen und dann vom britischen Botschafter und seinem Stab nach der englischen Botschaft geleitet. Der sehr kurz bemessene Empfang im Weißen Hause war auf 5 Uhr angesetzt; unmittelbar nachdem der Herzog dem Präsidenten vorgestellt war, servierte die Gattin des Präsidenten dem Gast den Tee im Roten Zimmer.

Damit war der offizielle Besuch abgeschlossen. Inoffiziell nahm der Herzog von Connaught Abends an einem ihm zu Ehren gegebenen Diner beim Botschafter Bryce teil, dem sich ein Empfang von Diplomaten und Regierungsbeamten anschloß.

Erzherzog-Thronfolger ohne Gattin zu kurzem Besuch.

In den Reisedispositionen des Erzherzogs Franz Ferdinand, welcher zu Kaisers Geburtstag am 27. Januar mit seiner morganatischen Gemahlin, Herzogin Sophie von Hohenberg, erwartet wurde, ist eine Aenderung eingetreten. Der österreichische Thronfolger kommt erst am Sonntag Vormittag, und zwar ohne Gattin.

Erzherzog Franz Ferdinand wird als Pate bei der Taufe des jüngstgeborenen Sohnes des Kronprinzenpaares fungieren und auch dem Galadiner im Kronprinzen-Palais beiwohnen, aber noch in der nämlichen Nacht die Heimfahrt antreten.

Die Verstärkung der deutschen Wehrkraft.

Eine der ersten Aufgaben, mit welchen sich der neue Reichstag befassen soll, wird die mehrfach angekündigte Militärvorlage sein. Sie wird zweifellos in der Thronrede bei Eröffnung des neugewählten Parlaments besonders hervorgehoben werden, und der Beginn der Beratung dürfte schon mit der ersten Lesung des Etats zusammen stattfinden, zumal die Frage der Kostendeckung die Hauptschwierigkeit darbieten würde. Welches Schicksal die Vorlage im Reichstag haben wird, darüber braucht man sich den Kopf nicht zu zerbrechen. Für die Zwecke der nationalen Verteidigung wird die Regierung eine Mehrheit selbst in einer Volksvertretung, die über einhundert Sozialdemokraten zählt, finden, wenn sie für ihre Sache solch gewichtige Gründe vorzubringen vermag, wie sie die jüngste internationale Spannung, die hart an den Abgrund kriegerischer Verwickelungen geführt, dargeboten hat.

Bei Betrachtung der bedeutenden Aufwendungen, welche die Erhaltung der Wehrkraft verschlingt, werden häufig recht schiefe Urteile laut. Das Ach und Weh, daß das deutsche Volk die Opfer für seine Rüstung nicht tragen könne, ist ebenso wenig gerechtfertigt, wie die Behauptung, daß Deutschland in der Einstellung von Wehrpflichtigen Uebermäßiges leiste. Letzteres ist schon deshalb völlig irrig, weil die gesetzlich vorgeschriebene Friedenspräsenzstärke der Regierung die Hände bindet. Des weiteren schlägt jede derartige Angabe der Wahrheit direkt ins Gesicht. Tatsächlich werden in Deutschland gegenwärtig nicht viel mehr als fünfzig Prozent der dienstbrauchbaren Wehrpflichtigen in die Armee eingestellt, während die Zahl zum Beispiel in Frankreich über neunzig Prozent beträgt. Deutschland hat, ähnlich wie Preußen vor dem Jahre 1860, keine völlig durchgeführte allgemeine Wehrpflicht mehr. Es werden fünfzig Prozent der für den Wehrdienst Brauchbaren alljährlich befreit, ohne daß der Staat an ihre Zeit und ihre Kräfte im Frieden irgendwelche Ansprüche stellt. Von allen Staaten der Welt marschiert Frankreich in der Anspannung seiner militärischen Kräfte an der Spitze. Auch anderswo sind die Ausgaben für das Landheer außerordentlich gestiegen, so in England. Sowohl Frankreich wie England gegenüber wird es aber die deutsche Regierung für eine unabweisbare Pflicht erachten, die allgemeine Wehrpflicht nicht zur Sage werden zu lassen.

So lange es beim Traum vom ewigen Frieden bleibt, wird auch in Deutschland eine überwiegende Mehrheit immerdar die gewaltigen Ausgaben für die Landesverteidigung damit rechtfertigen, daß ein Volk diese Aufwendungen seiner nationalen Zukunft und seiner Sicherheit schuldig ist. Um welche Summen es sich im Falle eines verlorenen Krieges handeln würde, läßt sich nicht absehen. Aber die Kosten eines Krieges sind jedenfalls schon so hoch, daß die jährlichen Heeresaufwendungen der Staaten im Vergleich dazu nur wie selbstverständliche Versicherungs-Prämien erscheinen. Außerdem sind fast in allen Ländern und ganz besonders in Deutschland die Ausgaben für die Heeresrüstungen innig mit dem ganzen Erwerbsleben verknüpft und haben teilweise erst wieder den Anstoß zur Schaffung gewaltiger Industrien gegeben, durch welche jahraus jahrein dem Volkswohlstande große Summen zufließen. Diese und ähnliche Erwägungen werden auch bei der Annahme der neuen Militärvorlage den Ausschlag geben. Das Deutsche Reich hat in einer starken Wehr die einzige Gewähr für seinen Bestand, wie sie auch die beste Bürgschaft für den Frieden und den Schutz der wirtschaftlichen Entwicklung bietet.

Kronprinzenpaar nach der Schweiz.

Kronprinz Wilhelm und Kronprinzessin Cecilie werden sich, wie heute Abend bekannt wurde, im Februar nach der Schweiz begeben. Der Aufenthalt ist auf mehrere Wochen bemessen.

Die Kunde von der geplanten Reise erregt um so größeres Interesse, als der Kaiser im September gleichfalls die Schweiz besuchen wird, um dortigen Manövern beizuwohnen.

Lord Lonsdale über die Stellung Kaiser Wilhelms zu England.

„Daily News" veröffentlichen eine lange Unterredung, die ein Vertreter des Blattes auf dem Jagdschlosse Barley Thorge mit Lord Lonsdale über das Verhältnis Kaiser Wilhelms zu England hatte. Zunächst erklärte Lord Lonsdale mit Bezug auf den angekündigten Besuch des Kaisers bei ihm, daß er sicher selbst darüber nichts gesagt habe. Er hege die Hoffnung, daß die Stimmung zwischen den beiden Nationen bald wieder eine Wendung zum Besseren nehmen werde. In diesem Falle stehe dem Monarchen, wie er wohl wisse, das Schloß Lowther zur Verfügung. Aber es sei nicht seine Sache, den Kaiser einzuladen, sondern des Kaisers, anzukündigen, wann er kommen wolle. Im weiteren Verlaufe der Unterredung betonte Lord Lonsdale, daß er stets besonderen Wert darauf gelegt habe, niemals von dem etwas zu wiederholen, was der Kaiser zu ihm sagte, wenn er die Ehre hatte, seine Gastfreundschaft in Deutschland zu genießen oder ihn bei sich in England zu sehen. Wenn er wollte, könnte er tausende von Bemerkungen wiederholen, über die man sich in England sehr wundern würde, und die bewiesen, wie warme Gefühle der Kaiser immer für England gehegt habe. Er sei sicher, daß Kaiser Wilhelm z. B. die Haltung absolut nicht verstehen dürfte, welche die britische Regierung Deutschland gegenüber jüngst eingenommen hat. Er selbst müsse auch von sich sagen, daß er den letzten Kriegsalarm nicht verstehe. Als der „Panther" nach Agadir abging, befand sich Lonsdale an der deutschen Grenze und konnte natürlich eine Menge einflußreicher Leute sprechen, die auch nicht begreifen konnten, was die Drohungen der Presse bedeuten sollten.

Ueber die Rede des Schatzkanzlers Lloyd George im Juni befragt, antwortete Lord Lonsdale, er habe sich, als er sie gelesen, sofort gesagt, daß, wenn auch die Politiker in Deutschland sie wahrscheinlich „cum grano salis" nehmen würden, sie gut die deutsche Bevölkerung einen sehr bedenklichen Eindruck machen müßte. Aus seiner Erfahrung, so setzte Lord Lonsdale hinzu, wisse er, daß in deutschen Handelskreisen eine scharfe Konkurrenz mit England sich bemerkbar mache, aber auf der anderen Seite wisse er auch, daß das deutsche Volk England immer mehr als einen freundlichen Verbündeten betrachtet habe denn als irgend etwas anderes. Man habe niemals in Deutschland vergessen, daß die beiden Armeen bei Belle Alliance Schulter an Schulter miteinander fochten. Dann aber habe man auch gewußt, was für freundschaftliche Gefühle der Kaiser für England hege. Außerdem sei man gar nicht auf den Gedanken gekommen, Großbritannien als seinen Feind zu betrachten! Das alles habe die Rede Lloyd Georges über den Haufen geworfen, und es stehe daher zu befürchten, daß es mächtiger Jahre noch bedürfen werde, bis diese Wirkung wieder aufgehoben sei.

Weiter betonte Lord Lonsdale, daß, wenn der Kaiser nicht von vornherein so fest entschlossen gewesen wäre, keinen Krieg zu führen, wohl kein Kabinett dem Sturm hätte Widerstand leisten können! Daß der Kaiser niemals daran gedacht habe, England oder irgend einen andern Punkt des britischen Reiches anzugreifen, sei einfach Tatsache! Trotzdem der Kaiser ein so großer Soldat sei! Aber gerade weil er eine starke Armee als eine Garantie für den Frieden ansehe, werde er niemals etwas tun, um einen Krieg heraufzubeschwören, es sei denn, daß er gezwungen würde, das Schwert zu ziehen, wenn die Interessen Deutschlands auf dem Spiele ständen. Kein großer Soldat würde heute noch die Verantwortung für einen Krieg leichtsinnig übernehmen!

Der Interviewer fragte dann Lord Lonsdale nach seiner Ansicht über die Rede des Kapitäns Faber, worauf der Lord erwiderte: Die von diesem aufgestellten Behauptungen sind einfach absurd! Kein Deutscher dachte jemals daran, Großbritannien anzugreifen! Anstatt die Docks der britischen Kriegsschiffe während des Sommers und Herbstes für den Kampf herzurichten, hätte man in England besser daran getan, die ursprünglich gehegte Absicht auszuführen, und zwischen der englischen und der deutschen Flotte eine Begegnung an der norwegischen Küste herbeizuführen, wo die deutschen und englischen Marineoffiziere hätten gemeinsame Feste feiern sollen. Soviel er wisse, fügte Lord Lonsdale hinzu, habe der Kaiser selbst die Absicht gehabt, während der Nordlandsfahrt einem solchen Feste beizuwohnen.

Mit Bezug auf die Rede McKennas im Parlamente über die angebliche Beschleunigung des Baues der Kriegsschiffe bei der deutschen Marine sagte Lord Lonsdale, daß die Behauptungen McKennas sich nachher als falsch herausgestellt hätten. Dabei habe der Kaiser vorher veranlaßt, daß McKenna die genauesten Angaben über den Stand der deutschen Kriegsflotte und den Bau von Schiffen zugehen. McKenna habe also das richtige Material in der Hand gehabt und trotzdem in seiner Rede Erklärungen abgegeben, die ebensowenig zutreffend waren, wie sie im Interesse des Friedens getan wurden!

Die Ersatzwahl für Regina's Stadtrat.

Wir freuen uns, unseren Lesern mitteilen zu können, daß, als Resultat der gestern abgehaltenen Ersatz-Wahlen für die durch den Rücktritt der Herren Schmitz und Sinton freigewordenen Sitze im Stadtrat, im Jahre 1912 in unserer städtischen Körperschaft drei deutsche oder deutschsprechende Aldermen sitzen werden. Sowohl in Ward 1, den wir ja von jeher als eine Domäne für unsere deutschen Interessen erachteten, und wo Herr Andreas Krauß gegen Herrn J. E. Wheelan kandidierte, als auch in Ward 4, wo Herr Doerr, ein Deutsch-Canadier, gegen den noch von seiner früheren Tätigkeit im Rat stark anrüchigen Herrn Thomas Wilkinson („Honest Thom") lief, sind die den Deutschen nahestehenden Kandidaten gewählt worden. Herr Krauß erhielt eine Mehrheit von 181 Stimmen bei einer gesamten Stimmabgabe von 288, während Herr Doerr mit 42 Stimmen Mehrheit siegte.

Beginn der Zweihundertjahrfeier der Geburt Friedrichs des Großen.

Die Feier zum Gedächtnis der vor zweihundert Jahren erfolgten Geburt des großen Preußenkönigs Friedrich II. hat heute begonnen. Unter den glanzvollen Veranstaltungen, welche aus diesem Anlaß schon seit längerer Zeit in sorgfältigster Weise vorbereitet worden sind, befindet sich als erste Nummer die Eröffnung der Ausstellung zum Gedächtnis Friedrichs des Großen in der Akademie der Künste. Kaiser Wilhelm nahm in eigener Person den Eröffnungsakt vor, dem auch die Kaiserin, sowie die in Berlin und Potsdam anwesenden Prinzen und Prinzessinnen aus dem Hohenzollernhause und anderen fürstlichen Häusern beiwohnten. Um den Charakter der Ausstellung voll zu wahren, hatten die vor der Akademie der Künste als Wache aufgestellten Grenadiere Uniformen aus der Zeit des „Alten Fritz" angelegt und präsentierten das Gewehr auf friederizianische Weise.

Die Ausstellung verdankt ihre Entstehung einer von Kaiser Wilhelm dem Präsidenten der Akademie, Prof. Arthur Kampf, gegebenen Anregung, in möglichster Vollständigkeit alles das dem Beschauer vorzuführen, was die bildende Kunst mit Bezug auf Friedrich II. und sein Werk geschaffen. Auf besonderen Wunsch des Kaisers ist die außerordentlich interessante Ausstellung schon mit dem heutigen Eröffnungstage dem Publikum zugänglich gemacht worden.

Die zweite Programm-Nummer bestand in einem vom Kommandeur der 6. Infanterie-Brigade, Generalmajor Dickhuth, in der Kriegsakademie gehaltenen Vortrag über „König Friedrich als Kriegsherr und Heerführer." Auch hier war der Kaiser anwesend.

Für morgen sind eine ganze Reihe weiterer festlicher Veranstaltungen vorgesehen.

Die Wirren in Irland.

London, 25. Januar. — Die gemäßigten englischen Unionisten sind ernstlich besorgt darüber, daß Winston Spencer Churchill, der erste Lord der Admiralität, entschlossen ist, nicht auf die für den 8. Februar in Belfast, Irland, angesetzte Versammlung zu verzichten, in der er und John Redmond, der Führer der irischen Nationalisten im Parlament, zur Förderung der Home Rule-Bewegung sprechen wollen. Sie bieten alles auf, um angesichts der drohenden Haltung, die die extremen Unionisten in der irischen Grafschaft Ulster annehmen, die Versammlung zu verhindern, und Churchill zu bestimmen, seinen geplanten Besuch aufzugeben.

Sie sprechen die Befürchtung aus, daß es gegebenenfalls nicht bei einem etwaigen Zusammenstoß zwischen Unionisten und Nationalisten am Tage jener Versammlung in Belfast selbst bleiben, sondern daß die Feindseligkeiten sich über die ganze Grafschaft Ulster ausdehnen und Wochen, wenn nicht Monate dauern werden.

Zahlreiche Anhänger beider Parteien beginnen sich in Belfast anzusammeln angesichts der Möglichkeit eines offenen Kampfes, und es heißt, wenn es zu Gewalttätigkeiten komme, werden die Behörden selbst mit Hilfe der jetzt schon bereitgehaltenen Truppen kaum imstande sein, dieselben zu unterdrücken.

Abdankung immer noch erwartet.

Schanghai, 25. Jan. — In republikanischen Kreisen in Schanghai erwartet man mit Bestimmtheit, daß ein kaiserliches Edikt, das die Abdankung des Thrones ankündigt, noch vor Abschluß des am 29. Januar Morgens 8 Uhr ablaufenden Waffenstillstandes veröffentlicht wird. Sie rechnen ferner darauf, daß sofort nach dieser Ankündigung eine Konferenz zwischen Yuanschikai und ihrem Präsidenten Sunjatsen arrangiert wird, um die Einzelheiten der Errichtung einer Art Koalitionsverwaltung, bei der Norden und Süden vorläufig unabhängig von einander bleiben, zu erörtern.

Tangsachosi, der immer noch Yuanschikai vertritt, und Dr. Wuttingfang, der Justizminister der Republikaner, äußerten sich am Donnerstag sehr optimistisch, und es verlautet, daß es ihren Bemühungen gelungen ist, einen großen Teil der „Mißverständnisse" zu beseitigen, die bis jetzt einer Einigung zwischen Peking und Nanking im Wege standen. Immerhin läßt sich noch nicht voraussagen, ob ein Einverständnis zwischen den beiden Parteien wirklich zustande kommen wird.

Dr. Sunjatsen hieß am Donnerstag durch Tangschaojis Vermittlung Yuanschikai mitteilen, er sei gerne bereit, dessen Versprechungen unbedingt zu vertrauen.

London, 25. Januar. — Aus Tientsin wird gemeldet, daß immer mehr Truppen sich in Peking zusammenziehen, und daß größere Abteilungen kaiserlicher Mandschutruppen aus der Vorstadt Fengtai und von Tungtschau in der Hauptstadt eingetroffen sind. Die britische Regierung hat die sofortige Verstärkung ihrer zum Schutz der Bahnlinie von Peking nach Tientsin in Fengtai stationierten Truppen verfügt.

Tokio, 25. Januar. — Mitglieder der japanischen Nationalistenpartei geben sich alle Mühe, die japanische Regierung zur Anerkennung der chinesischen Republik zu bestimmen.

Paris, 25. Januar. — Eine bei der Pariser Ausgabe des „New York Herald" eingetroffene Depesche meldet Donnerstag früh, daß Mittwochabend eine geheime Konferenz im Palast in Peking stattgefunden hat, in welcher Ex-Regent Prinz Tschun, Prinz Tsaisun und Prinz Tsaitao die kaiserliche Mutter überredeten, die Japaner zur Unterdrückung der Revolution zu Hilfe zu rufen. Die kaiserliche Mutter war sofort für den Plan eingenommen und instruierte die Prinzen, sich zu vergewissern, ob derselbe auch praktisch durchführbar wäre. Das Kabinett soll über den Vorschlag empört sein, und es erscheint zweifelhaft, ob Japan dem Wunsch widerfahren wird.

Peking, 25. Januar. — Die Erregung in Peking scheint nachzulassen. Gerüchte, daß die Japaner die Mandschu unterstützen, entbehren nach Erklärung der Regierungsbeamten jeder Begründung.

Peking, 25. Januar. — 2000 Mann kaiserliche Truppen, die in Siangjang, Provinz Hupeh, stationiert sind, sollen zu gunsten der Rebellen gemeutert haben.

Canada und Reziprozität.

Sir Mackenzie Bowell, der frühere canadische Ministerpräsident, sprach am Mittwoch Abend vor dem Belleville-Club in Chicago über Reziprozität. Er setzte seinen Zuhörern auseinander, Canada habe dieselbe abgelehnt, weil es ganz gut ohne sie auskommen könne in finanzieller Hinsicht. Er sprach ferner die Ueberzeugung aus, daß schon in naher Zukunft Canada den Vereinigten Staaten an Bevölkerungszahl, Wohlstand und Einfluß gleichkommen und dann alles Annexionsgerede von selbst verschwinden werde. Vorläufig sei Canada, in dessen industrieller Entwicklung eine Menge Geld aus den Vereinigten Staaten angelegt sei, vollständig zufrieden mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge.

Es ist bezeichnend für die Haltung und die verlogene Beweisführung der konservativen Parteiführer, wenn ein Mann, der, wenn auch nur für kurze Zeit, die Geschäfte des Landes geleitet, sich in dieser blinden Weise den von allen Seiten, namentlich im Westen, immer deutlicher laut werdenden Klagen über den Ausschluß von unserem natürlichen Markte verschließen kann, und die Stirne hat, unseren südlichen Nachbarn gerade in Chicago, dem Zentrum des amerikanischen Weizenhandels, weiszumachen versucht, daß wir mit der Ablehnung der Reziprozität zufrieden seien.

Sozialdemokraten 110 Stimmen im Reichstag.

Berlin, 26. Januar. — Nachdem schon die beiden ersten Stichwahlen für den neuen deutschen Reichstag den Sozialdemokraten einen unerwartet hohen Stimmenzuwachs gebracht, entschieden die am Donnerstag abgehaltenen letzten dreiundzwanzig Stichwahlen vollends über die neue Konstellation, deren drei wesentlichste Züge folgende sind: die Sozialdemokraten sind mit 110 Sitzen die stärkste einzelne Partei, die Oberhand des „schwarz-blauen Blocks", Konservative und Zentrum, ist gebrochen, und die Nationalliberalen bilden die ausschlaggebende Partei, je nachdem sie sich zur Rechten oder Linken schlagen. Von den übrigen nichtsozialistischen Parteien der Linken kann die Regierung höchstens in Fragen der nationalen Wehrkraft Unterstützung erwarten.

Der „Block" kann einschließlich des „Wilden" Grafen Posadowsky-Wehner, des früheren Staatssekretärs des Innern, nur noch 192 Stimmen aufbringen. Bemerkenswert ist ferner, daß das Zentrum, das seit Jahren die stärkste Partei war, jetzt aus dieser Stellung verdrängt ist, und ohne die ihm nahestehenden Parteien, Polen, Elsässer und Welfen, nur noch 93 Stimmen hat; mit diesen 122; sie verloren 10 Sitze. Die Partei war seit dem Jahre 1881 die stärkste gewesen, und ihre jetzige Stimmenzahl ist dieselbe wie im Jahre 1877. Die Nationalliberalen verfügen jetzt über 47 Sitze.

Die Sozialdemokraten haben die Stimmenzahl, die sie im letzten Reichstag hatten, 53, mehr als verdoppelt, und haben 29 Sitze mehr, als zur Zeit ihrer bisherigen größten Stärke im Jahre 1903.

Für den Verlust des heftig von ihnen umstrittenen ersten Berliner Wahlkreises, wo der freisinnige Kandidat Kämpf mit nur neun Stimmen Mehrheit siegte, wurden die Sozialdemokraten in dieser letzten Stichwahl durch den Gewinn Potsdams entschädigt, wo ihr Kandidat Dr. Karl Liebknecht, der Sohn des verstorbenen Führers, seinen konservativen Gegner schlug.

Was die eifrigsten Bemühungen des damaligen Reichskanzlers von Bülow und der Regierung im Jahre 1907 nicht erreichten, hat diese Wahl zustande gebracht: die Polen sind mit nur 19 von ihren früheren 20 eingezogen, obwohl sie hofften, eine große Rolle im neuen Reichstag zu spielen und wertvolle Konzessionen von der Regierung in der Polenpolitik zu erhalten.

Von den 33 Stichwahlen, die am Donnerstag stattfanden, holten sich die Parteien der Linken 25; die Konservativen verloren fünf alte Sitze an die Sozialdemokraten und zwei an die Freisinnigen.

Die Verteilung der Parteien ist jetzt folgende:

Sozialdemokraten	110
Nichtsozialistische Progressive	
Nationalliberale	47
Freisinnige	42
Volkspartei	6
	95
Zentrum und dessen Anhang	122
Konservative	69
Zersplittert	4
Wilde	1
Zusammen	397

Italienerhetze in Oesterreich.

Wien, 25. Januar. — Die vor einigen Tagen im Roten Meer erfolgte Anhaltung und Durchsuchung des de österreichischen Lloyd gehörenden Dampfers Bregenz durch italienische Kriegsschiffe hat den italienfeindlichen Elementen in Wien wieder neuen Agitationsstoff gegeben, und ein Teil der Presse erhebt wütende Proteste gegen das Vorgehen der Italiener, obgleich die Dampfer-Gesellschaft selbst dem Zwischenfall keine besondere Bedeutung beimißt.

Von gewisser Seite wird angedeutet, Italien solle seine Besitzungen in Ostafrika als Entschädigung für Tripolis an die Türkei abtreten. Diesem Vorschlag wird insofern einige Bedeutung beigemessen, als derselbe fast gleichzeitig mit dem Besuch des deutschen Staatssekretärs des Aeußern, Freiherrn von Kiderlen-Waechter, in Rom erfolgt.

Rom, 25. Januar. — Der italienisch-französische Zwischenfall, der durch die Wegnahme türkischer Aerzte und Pflegepersonals von dem französischen Postdampfer Manouba durch italienische Kriegsschiffe im Mittelmeer heraufbeschworen wurde, ist jetzt tatsächlich beigelegt. Nach einer am Donnerstag in Rom abgegebenen amtlichen Erklärung soll es sich jetzt nur noch darum handeln, in welcher Form die Freilassung jener türkischen Untertanen und deren Uebergabe an die französischen Behörden vor sich gehen soll.